

Datenschutzrechtliche Informationspflichten im Bauleitplanverfahren nach Art. 13 und 14 DSGVO

1.1 Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlicher: Stadt Walldürn, vertr. d. den Bürgermeister Meikel Dörr
Anschrift: Burgstr. 3, 74731 Walldürn
E-Mail-Adresse: stadt@wallduern.de
Telefonnummer: 06282 67-0

1.2 Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Verantwortlicher: Stadt Walldürn, Datenschutzbeauftragter
Anschrift: Burgstr. 3, 74731 Walldürn.
E-Mail-Adresse: datenschutz@wallduern.de
Telefonnummer: 06282 67-0

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Verarbeitung der Daten erfolgt im Rahmen der Planungshoheit der Gemeinde zum Zwecke der Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und insbesondere zur Durchführung von dem Bauleitplanverfahren zum Bebauungsplan „Gewerbe- und Sondergebiet Spangel – 2. Änderung“ in der Kernstadt Walldürn.

Im Rahmen dessen sind das Planerfordernis und die Auswirkungen der Planung zu ermitteln und die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen (§ 1 Abs. 3, 6 u. 7 BauGB). Dazu erfolgt eine Erhebung personenbezogener Daten, soweit dies zur Ermittlung der abwägungsrelevanten Belange notwendig ist.

Die Erhebung erfolgt unter anderem durch die Gemeindeverwaltung oder im Auftrag der Gemeindeverwaltung durch Dritte, durch eingehende Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden im Rahmen der gesetzlich geforderten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungen (§§ 3 – 4c BauGB).

Die Verarbeitung von Adressdaten ist erforderlich, um der Pflicht zur Mitteilung des Abwägungsergebnisses nachzukommen.

Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO sowie dem anzuwendenden Fachgesetz (BauGB).

3. Arten personenbezogener Daten

Folgende Daten werden verarbeitet:

- Vorname, Nachname, Adresse und sonstige Kontaktdaten
- Daten, die städtebaulich und bodenrechtlich relevant sind, wie z.B. zu angrenzenden privaten Grundstücken und deren Einbeziehung in die Planung.
- Daten, die im Rahmen von Stellungnahmen abgegeben wurden (sog. aufgedrängte Daten), wie z.B. Überprüfung von privaten Grundstücken in der näheren Umgebung im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung.

4. Empfänger

Personenbezogene Daten werden folgenden Empfängern übermittelt:

Stadt-/Marktgemeinde-/Gemeinderat und den Ortsteilräten zur Beratung und Entscheidung über die Abwägung
Höheren Verwaltungsbehörden zur Prüfung von Rechtsmängeln

Gerichten zur Überprüfung der Wirksamkeit der Bauleitpläne
Dritten, die in die Durchführung des Verfahrens im Auftrag der Gemeinde eingebunden sind

5. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Gewährleistung eines Rechtsschutzes im Rahmen einer gerichtlichen Prüfung erfordert die dauerhafte Speicherung personenbezogener Daten. Denn auch nach Ablauf der Fristen für die Erhebung einer Normenkontrollklage kann ein Bauleitplan Gegenstand einer gerichtlichen Inzident Prüfung sein. Sonstige Unterlagen werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen bzw. für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

6. Rechte der betroffenen Person

Wir möchten Sie zunächst über Ihre Rechte als betroffene Person aufklären. Diese Rechte der jeweiligen betroffenen Person sind in den Artikeln 15 bis 22 der EU-DSGVO formuliert. Die Rechte der betroffenen Person umfassen:

6.1 Recht auf Auskunft (geregelt in Art. 15 EU-DSGVO)

Der Europäische Richtlinien- und Ordnungsgeber räumt jeder durch die Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Person das Recht ein, beim für die Verarbeitung Verantwortlichen jederzeit und ohne Kosten eine Auskunft über die im Bezug zur jeweiligen betroffenen Person gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten zu erhalten. Ebenso hat jede betroffene Person das Recht, eine Kopie dieser Auskunft zu erhalten. Durch die EU-DSGVO stehen der betroffenen Person folgende Informationen als Auskunft zur Verfügung:

- die Zwecke der Verarbeitung.
- die verschiedenen personenbezogenen Datenkategorien, welche verarbeitet werden.
- die Kategorien und / oder Empfänger, gegenüber denen die jeweiligen personenbezogenen Daten der betroffenen Person bereits offengelegt worden sind oder nicht offengelegt werden (sollen). Dies gilt insbesondere bei Empfängern aus Drittländern oder auch bei internationalen Organisationen.
- sofern möglich, die von uns geplante Dauer, in der die personenbezogenen Daten der betroffenen Person gespeichert werden oder alternativ, sofern dies nicht möglich ist, die Kriterien, welche bei der Festlegung der Speicherdauer zum Tragen kommen.
- sollten die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben worden sein, stehen der betroffenen Person jegliche verfügbaren Informationen über die Datenherkunft zu.
- das Bestehen des Beschwerderechts bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.
- das Bestehen des Rechts auf Löschung oder Berichtigung der die betroffene Person betreffenden personenbezogenen Daten oder das Bestehen auf eine Verarbeitungseinschränkung durch den für die Verarbeitung Verantwortlichen oder das Bestehen eines Rechts auf Widerspruch gegen die Verarbeitung.
- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling auf Grundlage von Art. 22 Abs. 1 und 4 EU-DSGVO (in eben diesen Fällen). Die betroffene Person hat das Recht auf detaillierte und eindeutige Informationen über die gewählte und angewandte Logik, die Tragweite und die dadurch gewünschten Auswirkungen einer so generierten Auswertung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person.
- das Bestehen auf das Auskunftsrecht darüber, ob und wenn ja welche personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt wurden. Sollte eine solche Übermittlung der Fall sein, kann die betroffene Person Auskünfte über geeignete Garantien im Übermittlungszusammenhang einfordern.

6.2 Recht auf Berichtigung (geregelt in Art. 16 EU-DSGVO)

Durch den Europäischen Richtlinien- und Ordnungsgeber verordnet, hat jede von der Datenverarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person das Recht, eine sofortige Berichtigung fehlender und fehlerhafter Daten zu verlangen, sofern diese Daten die betroffene Person direkt betreffen. Unter Zweckberücksichtigung der jeweiligen Verarbeitung steht jeder

betroffenen Person, auch mittels oder unter nötiger Erklärung, das Recht zu, unvollständige personenbezogene Daten zu vervollständigen beziehungsweise diese Vervollständigung zu verlangen.

6.3 Recht auf Löschung (geregelt in Art. 17 EU-DSGVO)

Das Recht auf Löschung wird auch als Recht auf Vergessenwerden bezeichnet und wurde vom Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber jeder von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Person zugesprochen. Dadurch hat die jeweilige betroffene Person das Recht, vom für die Verarbeitung Verantwortlichen zu verlangen, dass jegliche personenbezogenen Daten der betroffenen Person gelöscht werden, sollte einer der folgenden Gründe zutreffen und eine weitere Speicherung und Verarbeitung der Daten nicht zwingend erforderlich sein:

- die gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a EU-DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a EU-DSGVO von der betroffenen Person gegebene Einwilligung zur Verarbeitung wird widerrufen und es existiert keine Rechtsgrundlage einer weiteren Verarbeitung.
- der Zweck, wegen dem die personenbezogenen Daten ursprünglich erhoben und auf diese Weise verarbeitet wurden, ist nicht mehr existent, weswegen eine weitere Speicherung der personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig ist.
- personenbezogene Daten wurden zu Unrecht verarbeitet.
- personenbezogene Daten wurden auf Grundlage von Art. 8 Abs. 1 EU-DSGVO in Bezug auf nicht näher definierte, angebotene Dienste der Informationsgesellschaft erhoben.
- es wurde von der betroffenen Person auf der Grundlage von Art. 21 Abs. 1 EU-DSGVO ein Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt, wobei keine weiteren vorrangigen Gründe einer weiteren Verarbeitung vorliegen, oder durch die betroffene Person wird auf Grundlage von Art. 21 Abs. 2 EU-DSGVO ein Verarbeitungswiderspruch eingelegt.

Sobald einer der oben genannten Gründe griffig wird und zutrifft, kann die betroffene Person die Löschung jeglicher bei uns gespeicherten Informationen veranlassen. Dieser Löschung unterliegt der für die Verarbeitung Verantwortliche im Sinne der durch EU-Recht oder dem Recht der Mitgliedsstaaten der EU gegebenen Rechtsgrundlage und der damit einhergehenden Verpflichtung.

Sofern durch uns personenbezogene Daten einer betroffenen Person öffentlich gemacht wurden und wir gemäß Art. 17 Abs. 1 EU-DSGVO hierfür verantwortlich sind, werden wir unserer Verpflichtung durch eben dieser Regelung nachkommen und – unter Berücksichtigung der Implementierungskosten sowie unserer verfügbaren Technologie und Technik – angemessene Maßnahmen – auch technischer Art – ergreifen. Diese betrifft auch weitere für die Datenverarbeitung Verantwortliche, welche die durch uns veröffentlichten, personenbezogenen Daten verarbeiten oder verarbeiteten. Wir werden diese in diesem Fall darüber informieren, dass die jeweilige betroffene Person eine Löschung der personenbezogenen Daten verlangt hat.

6.4 Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung (geregelt in Art. 18 EU-DSGVO)

Sofern einer der nachfolgenden Gründe erfüllt ist, hat die betroffene Person, deren personenbezogene Daten verarbeitet werden, das durch den Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber gewährte Recht, vom für die Verarbeitung Verantwortlichen eine Verarbeitungseinschränkung zu verlangen:

- die personenbezogenen Daten werden vom für die Verarbeitung Verantwortlichen für die ursprünglichen Verarbeitungszwecke nicht mehr benötigt, die personenbezogenen Daten werden allerdings von der betroffenen Person selbst zur Ausübung, Verteidigung oder Geltendmachung von Rechtsansprüchen benötigt.
- sofern eine unrechtmäßige Verarbeitung vorliegt, wird von der betroffenen Person eine Einschränkung der Nutzung statt einer Löschung verlangt.
- es wurde seitens der betroffenen Person ein Widerspruch gegen die Verarbeitung – auf Grundlage von Art. 21 Abs. 1 EU-DSGVO – eingelegt und es wurde noch nicht festgestellt, ob die berechtigten Gründe des für die Verarbeitung Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

- die betroffene Person bestreitet die Korrektheit der personenbezogenen Daten, was dazu führt, dass diese Daten in der Verarbeitung eingeschränkt werden; zumindest für eine nicht näher definierte Dauer, die es dem für die Verarbeitung Verantwortlichen möglich macht, die Korrektheit dieser personenbezogenen Daten zu überprüfen.

6.5 Recht auf Bestätigung

Durch den Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber hat jede betroffene Person das Recht, eine Bestätigung des für die Verarbeitung Verantwortlichen darüber zu verlangen, ob irgendwelche personenbezogenen Daten dieser betroffenen Person durch den für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet werden.

6.6 Recht auf Datenübertragbarkeit (geregelt Art. 20 EU-DSGVO)

Durch den Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber hat jede betroffene Person das Recht gewährt bekommen, personenbezogene Daten, die sie direkt betreffen und von ihr selbst dem für die Verarbeitung Verantwortlichen überlassen wurden, in einer maschinenlesbaren Form zu erhalten. Darüber hinaus hat die betroffene Person das Recht, ohne eine Behinderung des für die Verarbeitung Verantwortlichen einem weiteren Verantwortlichen diese Daten weiterzugeben, sofern eine Einwilligung der Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a EU-DSGVO besteht. Zusätzlich hat die betroffene Person nach Art. 20 Abs. 1 EU-DSGVO das Recht, während der eigentlichen Rechtsausübung des Rechts auf Datenübertragbarkeit zu erwirken, dass die betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einem an den anderen Verantwortlichen übermittelt werden, sofern dies technisch möglich ist und keine Freiheiten oder Rechte anderer Personen hierdurch eingeschränkt werden.

6.7 Widerspruchsrecht gegen die Datenverarbeitung (geregelt in Art. 21 EU-DSGVO)

Durch den Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber hat jede von einer Datenverarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person das Recht, von sich aus einer besonderen Situation ergebenden Gründen, zu jedem Zeitpunkt die Verarbeitung eigener personenbezogener Daten zu widerrufen, sofern diese Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e oder f EU-DSGVO erfolgt. Diese Regelung ist ebenso auf ein auf diese Grundlage gestütztes Profiling anwendbar.

Wir verarbeiten im Falle eines Widerspruchs die gesammelten personenbezogenen Daten nicht mehr, sofern wir keine schutzwürdigen Gründe, die den Freiheiten, Rechten und Interessen der betroffenen Person überwiegen, für eine weitere Verarbeitung nachweisen können.

Sollten wir personenbezogene Daten zur Direktwerbung nutzen, kann die betroffene Person jederzeit Widerspruch gegen die werbliche Verarbeitung eben dieser personenbezogenen Daten einlegen. Dies gilt ebenso für das Profiling, sofern dieses in einem direkten Zusammenhang mit eben dieser Werbung steht. Sobald gegen den Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten zur Werbenutzung Widerspruch eingelegt wurde, werden wir keine weiteren Daten zu diesem Zweck mehr verarbeiten.

Des Weiteren hat die betroffene Person das Recht, von sich aus einer besonderen Situation ergebenden Gründen, eine Widerrufung der nach Art. 89 Abs. 1 EU-DSGVO gegebene Einverständnis der Nutzung von personenbezogenen Daten zu historischen oder wissenschaftlichen Forschungszwecken oder der Statistik dienenden Zwecken zu erteilen, sofern eine hieraus resultierende Verarbeitung nicht mit einer im öffentlichen Interesse stehenden Aufgabe geschieht und dadurch erforderlich ist und bleibt.

6.8 Recht auf Widerruf einer datenschutzrechtlichen Einwilligung

Jede von der Datenverarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat jederzeit das Recht, eine vorab erteilte Einwilligung zur Datenverarbeitung zu widerrufen.

Durch die EU-DSGVO steht Ihnen jederzeit folgendes zu:

- Widerrufsrecht
- Widerspruchsrecht
- Auskunftsrecht

Hierzu wenden Sie sich bitte an unserem Datenschutzbeauftragten z.B. per E-Mail an datenschutz@wallduern.de oder auf postalischem Wege.

7.0 Unsere zuständige Datenschutzbehörde

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Baden-Württemberg:
Lautenschlagerstr. 20, 70173 Stuttgart, E-Mail: poststelle@lfd.bwl.de

8.0 Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde

Im Falle datenschutzrechtlicher Verstöße steht dem Betroffenen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu. Zuständige Aufsichtsbehörde in datenschutzrechtlichen Fragen ist der Landesdatenschutzbeauftragte des Bundeslandes. Eine Liste der Datenschutzbeauftragten sowie deren Kontaktdaten können folgendem Link entnommen werden: www.bfdi.bund.de